

# Protestlawine muß rollen!



*Ganz Österreich im Volksbegehrensfieber? Die Erwartungen sind groß. Können jetzt tatsächlich Verbesserungen von unten erkämpft werden? Volksbegehren sind in unserem politischen System das einzige vorgesehene Mittel, um von außen Einfluß auf die Arbeit des Parlaments zu nehmen.*

von John Evers  
SOV Wien Süd

Rechtlich können der "Volksvertretung" weder Wahlen noch bindende Volksabstimmungen aufgezwungen werden. Formell sind Volksbegehren also bedeutungslos: Das "Hohe Haus" muß sich bestenfalls mit dem Gegenstand des Volksbegehrens befassen - mehr nicht. Es zeigt sich: Mit tatsächlicher Demokratie hat "unser" parlamentarisches System nichts zu tun. Ganz abgesehen davon, daß die wirklichen Entscheidungen ohnehin woanders fallen.

## Druck von Hunderttausenden

Realpolitisch machen hunderttausende Unterschriften Druck. Bereits im Vorfeld deutete sich ein derartiger Zuspruch an, daß es sich keine Partei leisten konnte, das Frauenvolksbegehren öffentlich abzulehnen. Im Fall von Parteien wie ÖVP und FPÖ, die bei jeder Gelegenheit "Frauen an

den Herd" fordern, wirkt dieser Sinneswandel eher belustigend. Doch wie ist das Verhalten der SPÖ zu bewerten, die für die Unterstützung des Volksbegehrens warb? Natürlich gibt es in der SPÖ Tausende, die seit Jahren auf ein derartiges Signal warteten und freudig diese Aktion mittrugen. Mit den offiziellen PolitikerInnen ist allerdings härter ins Gericht zu gehen: Welche Maßnahmen haben sie in den letzten Jahren - von Angriffen auf Karenz- und Pflegegeld bis zur Streichung der Geburtshilfe - mitgetragen? Und was werden sie tun, um die Forderungen des Volksbegehrens umzusetzen?

## Jetzt geht's erst richtig los

Breite Unterstützung für ein Volksbegehren, das sich für gleiche Rechte und die Erhöhung von sozialen Standards einsetzt, ist in Sparpaketszeiten ein Signal. Auch die Bewegung der Studierenden im vorigen Frühjahr war ein Ansatzpunkt für

Widerstand. Im Gegensatz zu Zehntausenden, die - wie im Streik auf den Universitäten und Schulen - öffentliche Gebäude und Straßen besetzen, ist das Leisten einer Unterschrift ein weniger radikales Mittel, um Protest auszudrücken. Auch die Forderungen der damaligen Bewegung, wie "Weg mit gesamten Sparpaket", waren politisch klarer und ausgereifter als jene des Frauenvolksbegehrens. Umso wichtiger ist es, jetzt den günstigen Wind, den es durch die breite Unterstützung gibt, zu nützen. Denn die aufgestellten Forderungen werden unter Garantie nicht durch dieses Volksbegehren allein erfüllt werden.

## Die große Gefahr

Gerade jetzt wird das Bundesheer für Frauen geöffnet. Bejubelt wurde dieser Schritt - wie die Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen - von den "Frauenpolitikerinnen" von FPÖ, ÖVP und LIF, die allesamt

## Keine Gentechnologie im Profitsystem

„Seitdem den Kapitalisten die Profitancen durch Gentechnologie bewußt wurden, werden Unsummen in diesen Bereich gesteckt. Die Gentechnologie verspricht die Lösung des Welternährungsproblems durch gentechnisch manipuliertes Saatgut und Heilung von Krankheiten durch Eingriff in den menschlichen Code. Die Gefahren, die durch Manipulation von Erbgut entstehen, werden bewußt in Kauf genommen. Anstatt krankmachende Lebens- und Arbeitsbedingungen zu beseitigen, soll der Mensch an diese angepaßt werden. Die Vision vom Menschen nach Maß bedeutet die Einteilung in minder- und höherwertiges Leben und somit auch Selektion am Arbeitsplatz. Im Kapitalismus wird eine kleine Anzahl von multinationalen Konzernen in Zukunft den gentechnischen Reichtum des Lebens besitzen und verwalten“ (aus: Vorwärts - Was wir wollen). Das Gen-Volksbegehren fordert: Kein Essen aus dem Genlabor in Österreich, keine Freisetzung gentechnisch manipulierter Lebensmittel, kein Patent auf Leben. Wir unterstützen diese Forderungen. Gleichzeitig ist die Art, wie dieses Volksbegehren angelegt wurde - als Werbeaktion für Greenpeace und die Grünen - völlig ungeeignet, selbige umzusetzen. Wir lehnen auch jene - in Zusammenhang mit diesem Thema oft gebrauchte - Argumentation vom "heiligen" Leben, bzw. "unantastbaren" Lauf der Natur ab. Im Rahmen des Kapitalismus bedeutet die Entwicklung der Gentechnologie - ähnlich wie die der Atomindustrie - eine enorme Bedrohung für die ArbeiterInnenklasse. Aber es wird ohne die ständige Einbeziehung der breiten Bevölkerungsmehrheit in wirtschaftliche Prozesse niemals möglich sein, die Genforschung zu kontrollieren. Die konsequente Umsetzung der Forderungen des Genvolksbegehrens, bedeutet den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Doch dafür zu kämpfen, sind weder die Grünen noch Greenpeace bereit.

auch kein Problem haben, das Volksbegehren zu unterschreiben. Und auch SPÖ-Frauenministerin Prammer hat kein Veto gegen "Frauen ins Heer" eingelegt. Natürlich ist es durch und durch zynisch, eine Politik, die Frauen zu weiterer Aufrüstung mißbraucht bzw. Schutzbestimmungen aufhebt, als frauenfreundlich zu verkaufen. Tatsache ist aber, daß, wenn sich keine Bewegung aus diesem Volksbegehren entwickelt, der Erfolg dieser Aktion sogar für einen reaktionären Frauenkurs mißbraucht werden kann.

## Gemeinsam kämpfen

Vor allem die "linken Promis" aus ÖGB und SPÖ, die das Volksbegehren medienwirksam unterstützen, müssen jetzt in die Pflicht genommen werden. Sie müssen in ihren Organisationen dafür kämpfen, daß der Erfolg der Aktion zur Formierung ei-

ner breiten Widerstandsbewegung führt. Das würde einen völligen Bruch mit bisher gepflegten Traditionen a la Parteidisziplin und Sozialpartnerschaft bedeuten. Wichtig wäre es auch, eine solche Bewegung mit allen anderen Ansätzen von Widerstand, die es gegen Sozialabbau und rechte Politik gibt, zu vernetzen. Das Volksbegehren kann so eine echte Protestlawine losretten. Die Streiks und Massendemonstrationen in zahlreichen europäischen Ländern - Deutschland, Belgien, Italien... - könnten hier als Vorbild dienen.

**AUA/Lauda**

**China**

**Albanien**

**Deutschland**



## Der Standpunkt

### Wer bremsst Rudas?

Alt Bundeskanzler und Ex-SPÖ-Vorsitzender Fred Sinowatz meinte einmal "ohne die Partei nichts" zu sein. So beklemmend diese Aussage auch wirkt - sie ist wenigstens ehrlich. Der neue Bundesgeschäftsführer der SPÖ wäre ebenfalls "nichts" ohne die Seilschaften der SPÖ-Bürokratie. Angefangen hat er als Pressesprecher von Innenminister Karl Blecha, zuletzt war er ORF-Generalsekretär. Im Gegensatz zu Sinowatz bestreitet Rudas allerdings, seine Karriere dem Apparat zu verdanken. Diese Selbstüberschätzung gleicht der neuen Bundesgeschäftsführer durch offene Worte zu aktuellen politischen Fragen aus. Andreas Rudas sagt, was andere lieber im Stillen über die Bühne gebracht hätten: Ja, er sei dafür, zu arbeiten, wann "es für den Betrieb am geschicktesten ist". Nato-Beitritt? Nur mehr "ein rein emotionelles Problem". Und wenn er fordert "Die Sozialdemokratie muß sich für alle öffnen", meint er, daß gegenüber der FPÖ "die Schlagworte Abgrenzung, Ausgrenzung" ein Problem gewesen sind.



von John Evers

### New Labour - Neue SPÖ?

Rudas gehört zu jenem Teil der SPÖ-Bürokratie, welcher schnell und entschlossen sämtliche traditionelle Bindungen der Partei kappen will. Sein großes Vorbild: Die "New" Labour Party in Britannien. Deren Vorsitzender Tony Blair hat diese so weit nach rechts gerückt, daß sogar das Revolverblatt "The Sun" für Labour aufruft. Kritiker hat Blair konsequent aus der Partei vertrieben.

Mit populistischen Sägern wie "Politik muß für Menschen gemacht werden und nicht ausschließlich für Bezirksfunktionäre" bereitet Rudas eine ebensoleichte Treibjagd auf die "Bremsen" seines Kurses in der SPÖ vor. Leider ist es immer unwahrscheinlicher, daß diese wirklich bremsen. Der SPÖ-Mittelbau hat in all den Jahren nie gewagt, sich gegen den neoliberalen Kurs und das Ausdörren der traditionellen Parteistrukturen zur Wehr zu setzen. Hin und wieder wurde geschimpft, schnell ließ man sich durch ein Schulterklappen von oben wieder besänftigen. In diesem Zusammenhang erscheint die Wahl eines ganz besonders guten "Schulterklopfers" zum neuen SPÖ-Parteivorsitzenden nicht unoriginell.

Erwähnt werden muß allerdings auch, daß sich Anfang April eine "Initiative für eine sozialistische Politik" in der SPÖ gebildet hat. Eine solche Initiative könnte durchaus eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen SozialistInnen innerhalb und außerhalb der SPÖ spielen. Auf der Hand liegt allerdings auch, daß nicht nur die Verteilungsspielräume im Rahmen des Kapitalismus, sondern auch die politischen Freiräume in der SPÖ wesentlich kleiner geworden sind. Die Dämme brechen in der SPÖ schließlich gerade nach rechts und nicht nach links. Eine wirkliche sozialistische Initiative würde von Beginn an einem enormen innerparteilichen Druck ausgesetzt sein. Gerade das würde ein permanentes Bündnis mit Linken außerhalb der SPÖ überlebensnotwendig machen.

Auf den Wiener Plakatwänden hat die FPÖ (!) einen neuen Slogan affiziert: Solidarität statt Sozialabbau. So groß ist das Vakuum inzwischen, welches die SPÖ hinterläßt, daß sich die Rechtsextremen trauen, diese Themen derart zu besetzen. Eine neue sozialistische Linke muß gerade beim Kampf gegen diesen ideologischen Diebstahl ansetzen.

## Bürgermeisterwahlen in Klagenfurt

# SPÖ schießt nach rechts

Bei den Kärntner Gemeinderatswahlen hat die SPÖ vor allem in Klagenfurt eine schwere Niederlage eingefahren. ÖVP-Kandidat Scheucher setzte sich mit 67,8 % der abgegebenen Stimmen klar gegenüber dem SPÖ-Kandidaten Metelko mit 32,2 % durch. Kärntenweit verlor die SPÖ einen Bürgermeister, die ÖVP acht, die FPÖ gewann neun hinzu. Im Vorfeld machte Metelko durch Inserate von sich reden, die an Anbiederung Richtung FPÖ kaum zu überbieten waren.

von Michi Bonvalot,  
SOV Wien Nord

Offensichtlich waren Teile der SPÖ der Meinung, mit einer Politik der Unterwerfung doch noch zu einer Wahlempfehlung durch die FPÖ zu kommen, die ja im 2. Wahlgang keinen Kandidaten mehr hatte. Und dafür war (politisch) nichts zu teuer. Nicht nur, daß man per ganzseitigem Inserat eine Politik der Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen anbot, man tat das auch noch im FPÖ-Zentralorgan „Kärntner Nachrichten“. Die FPÖ bedankte sich für die Spenden letztlich doch mit einer indirekten Wahlempfehlung für Haider's alten Freund, den ÖVP-Kandidaten Harald Scheucher. Denn schon 1989, nach dem Verlust der absoluten SPÖ-Mehrheit in Kärnten, zog Scheucher die Fäden bei Deals mit der FPÖ um einen „nichtsozialistischen Landeshauptmann“.

### Denkzettel für Metelko-Konzept

Der Erfolg für Metelkos Konzept blieb aus, er bekam sogar 1.400 Stimmen weniger als im ersten Wahlgang. Die Wahlbeteiligung war mit 55 % extrem niedrig. Zahlreiche SPÖ-WählerInnen blieben zu Hause. Aus Sicht der SOV war es auch unmöglich, der SPÖ hier die Stimme zu geben. Ihre Unzufriedenheit brachten viele SPÖ-Mitglieder drastisch zum Ausdruck: Etliche Par-

teibücher wurden zurückgeschickt. Am Wahlabend sprach zwar die Stadtpartei ihrem Vorsitzenden sicherheitsshalber erstmal das Vertrauen aus, doch in der Basis ru-

mort es. Mehrere Sektionen fordern Metelkos Rücktritt. Die SPÖ-Spitze war plötzlich auch sehr aktiv mit dem Sturz Metelkos beschäftigt. Allerdings mehr durch innerparteiliches Intrigenspiel als durch eine offene politische Konfrontation. Viktor Klima - selbst Meister der Anbiederung an die FPÖ - hat sich bis jetzt vor einer Stellungnahme gedrückt. Ebenfalls sehr prominent engagiert in der „Anti-Metelko“-Front ist der ehemalige Gesundheitsminister und jetzige Kärntner Parteiboss Michael Auserwinkler, der Anfang der 90er als „troubleshooter“ nach Kärnten geschickt wurde. Er kritisierte den Wahlkampf als Kopie eines FP-Wahlkampfes und sprach von Unterwürfigkeit gegenüber der FPÖ. Zum Wahlergebn merkte er an, daß er selbst 1991 noch 15.000 Stimmen mehr bekommen hätte. Doch das trifft auch schon den problematischen Kern seiner Kritik. Denn ob Auserwinkler tatsächlich Metelkos politisches Konzept kritisiert, oder ob er nicht vielmehr einem innerparteilichen Widersacher in der traditio-



Metelko: Vorreiter für Klimawechsel?

nell in verschiedene Fraktionen zer-splitteten Kärntner SPÖ eins auszuweichen will, ist schwer zu klären. „Gelöst“ hat Auserwinkler das Problem jedenfalls in typisch bürokratischer Weise: Metelko soll in den Bundesrat befördert werden.

### Trotzdem Anbiederung an FPÖ

Der generelle Trend, die Fronten Richtung FPÖ aufzuweichen, dürfte aber weiter gehen. Denn nicht nur in Klagenfurt. Sondern auch anderswo ist in der SPÖ der „Klima“wechsel erkennbar. So meinte der St. Veiter Bürgermeister Mock, er verstehe gar nicht „warum diese FPÖ-Geschichte so aufgeschaukelt“ werde. Auch in anderen Bundesländern gibt es immer wieder Stimmen vor allem in der mittleren Funktionärschicht, die ein Ende der sogenannten „Ausgrenzung“ der FPÖ fordern. Möglicherweise war das Klagenfurter Ergebnis für diese Kräfte vorerst ein Schuß vor den Bug. Doch politisch wird die SPÖ der FPÖ weiter immer weniger entgegengesetzt.

## ÖH - Wahlen:

# Schlamm Schlacht gegen Linke?

Wahlzeit ist auf der Uni ausgebrochen. Die abgelaufene Periode der Interessensvertretung der Studierenden war wohl eine der turbulentesten in ihrer Geschichte. Erstmals war es vor zwei Jahren gelungen, die Vorherrschaft der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft zu brechen. Dann folgte 1996 mit den StudentInnenstreiks die größte Jugendbewegung, die es in Österreich jemals gab.

von Florian Seidl,  
SOV Wien Mitte

Die rechten Fraktionen AG, JES und RFS, die sich voriges Jahr aktiv als Streikbrecher betätigten, haben mit ihrem Wahlkampf eine offene Schlamm Schlacht gegen „die Linken“ eröffnet: Reaktionäres Gewäsch gibt's vom freiheitlichen RFS/FSI, deftige Wortwahl „Wir lassen uns nicht verarschen“ von der AG. Und die monarchistische JES

möchte den Linken die „rote Karte“ zeigen. AG-JES-RFS hat offensichtlich sowohl der Streik, wie der etwas „andere Wind“, der seit zwei Jahren in der ÖH weht, zu schaffen gemacht. Die ÖH ist die einzige große Interessensvertretung, die zumindest theoretisch nicht beim Rechtsruck, Auseinanderdividieren von sozial Schwachen und der Sozialabbauhysterie mitmacht.

Doch während die BasisaktivistInnen oft gute Arbeit leisten - sie werden jetzt wenigstens nicht mehr „von oben“ behindert - hat sich an der Arbeitsweise der ÖH-Spitze wenig verändert. Taktieren und fraktionieren

mit (fast) jedem ist auch der „linken“ ÖH-Führung nicht fremd.

Das wichtigste politische Ereignis in der Unipolitik der letzten zwei Jahre war sicherlich die Protestbewegung der StudentInnen im Frühjahr 1996. Während die einzelnen linken ÖH-BasisaktivistInnen größtenteils voll in diese Bewegung integriert waren, versuchte sich insbesondere die Führung der bundesweiten ÖH eher am Rande dieser Bewegung zu halten. Dementsprechend wurden dann auch - entgegen den Forderungen der AktivistInnen - von der ÖH-Vorsitzenden Verhandlungen geführt.

Der Streik war weder „real“ völlig erfolglos - immerhin wurden drohenden Studiengeldkürzungen kurzfristig abgewendet - noch gesellschaftspolitisch. Zum ersten Mal seit langem wehrte sich eine ganze Bevölkerungsgruppe. Aber im folgenden Herbst war

bei den StudentInnen die Luft draußen - viele bemerkten erst jetzt, was die Maßnahmen für sie und ihr Studium bedeuten und versuchten, sich noch irgendwie durchzuboxen. Die ÖH-Führung hat hier kein Angebot formuliert, wie der Widerstand weiter gehen kann.

Entscheidend für die linken Fraktionen wird es sein, den Streik und seine Bilanz offensiv zum Thema zu machen. Es stimmt - Uni-Politik ist für die meisten Studierenden uninteressant. Aber noch nie war das Interesse der StudentInnen für Uni-Politik so groß wie während des Streiks. Sich dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung nicht zu stellen, hieße, dieses Feld den Konservativen zu überlassen. Es täte den linken ÖHlerInnen auch nicht schlecht, einmal auf die eigene Basis zu bauen, statt ständig Angst vor deren reaktionärer Gesinnung zu haben. Am



Noch-ÖH-Vorsitzende Berlakovic

heuten dürfte der Kommunistische StudentInnenverband (KSV) - wenn auch auf eine relativ abgehobene Art - in seinem Wahlkampf in positiver Weise an die Streikbewegung anknüpfen.



Weitere Profitsteigerung auf Kosten der Beschäftigten

# AUA/Lauda - Fusion auf Kosten der Beschäftigten

Die österreichischen Fluggesellschaften AUA und Lauda fusionieren. Doch während sich die Manager beider Unternehmen schon einig über Sozial- und Personalabbau sind, liefern sich AUA- und Lauda-Betriebsrat ein trauriges Medien-Gefecht.

von Thomas Kerschbaum,  
Personalvertreter,  
SOV Wien West

Am 1.4. wird der Luftraum völlig dereguliert: Die EU öffnet die Märkte radikal, auch für Binnenflüge. Die "österreichischen" Luftfahrt-Konzerne reagieren: AUA steigt mit 36 % bei Lauda Air ein und übernimmt die Führung des Konzerns. Die Lufthansa behält nur 20 % Anteile an der Lauda Air, Lauda selbst bleibt Vorstandsvorsitzender mit 30 % der Anteile. Aber die AUA hat die Option, auf eine deutliche Mehrheit der Anteile aufzustocken und Laudas verbliebene 30 % auch gegen seinen Willen zu erwerben.

Warum vereinigen sich „Todfeinde“?

Die AUA baut seit Jahren Millionen-Verluste. Die Lufthansa versuchte, mit der Lauda Air die AUA

vom Markt zu verdrängen. Alle drei Airlines konnten die Spuren dieses Verdrängungswettbewerbes in ihren Bilanzen sehen. Aber nun ist alles anders: Man will - zum Nutzen aller Eigentümer - kooperieren: gegen die drohende Konkurrenz aus anderen EU-Ländern und den USA. Die AUA hält außerdem 42,9 % an der Tyrolean Airlines. So kommt schließlich der neue Konzern auf eine Größe, die im europäischen Mittelfeld liegt (77 Flugzeuge und 6.120 Beschäftigte). Alle erwarten sich niedrigere Kosten und höhere Profite für die Aktionäre. Die Luft-hansa ließ durch die berühmte Unternehmensberatung McKinsey die Lauda Air überprüfen. Da die Lauda Air im Vergleich zur AUA geringere Löhne zahlt, fiel in dieser Hinsicht der Befund gut aus. Aber die Lauda Air hätte die AUA nie vom Markt der Linienflüge verdrängen und trotzdem Gewinne abliefern können. Daß die Republik Öster-

reich noch zu 51,9 % Besitzer von AUA ist, ändert nichts daran, daß sich die AUA wie ein "normales" kapitalistisches Großunternehmen benimmt. Die Aktionäre (das sind neben der Republik auch verschiedene Banken, die Städtische Versicherung, Air France, All Nippon Airways, Swiss Air und 12,6 % Streubesitz) fordern Profit. Das betrifft vor allem die Sicherheitsmaßnahmen und Löhne. Von 93 bis 96 wurden die Kosten für die Flugzeugwartung um 300 Millionen und die Personalkosten um eine Milliarde Schilling pro Jahr gesenkt. Das AUA-Management provozierte durch ihr radikales Vorgehen sogar einen kurzen Streik des Flugpersonals. Die Betriebsräte stimmten schließlich einem massiven Lohnverzicht zu, "damit die AUA konkurrenzfähig bleibt".

Belegschaften unter Druck

Der Betriebsrat des Bordpersonals der AUA, Albin Schwarz, ist kritisch gegenüber der Beteiligung, weil Lauda für ihn ein unsicheres Geschäft ist. Er befürchtet, daß nun



Schon vor über einem Jahr gab es Proteste gegen die Chefetage

- nachdem der BR Reallohnsenkungen hingenommen hat - weitere Verschlechterungen ins Haus stehen. Die AUA könnte nun die billigeren Leute von der Lauda Air einsetzen. "Wenn ein Luftfahrtunternehmen mehrere Tochter-Airlines hat, dann werden die Mitarbeiter gegeneinander ausgespielt." Trotzdem er dies erkennt, grenzt er sich und die AUA als Ganzes gegenüber der Lauda Air und ihren Beschäftigten ab. Keine Angebote an die Lauda-Betriebsräte zur Zusammenarbeit, keine weitergehende Strategie zur Verhinderung des - wahrscheinlichen - Personalabbaus. Hier wäre eine internationale Herangehensweise gefragt - zum Beispiel mit den Beschäftigten der Air France, die schon harte Arbeitskämpfe gegen Deregulierung, Lohnverzicht und Kündigungen geführt haben.

Der Lauda-Betriebsrat Boden, Peter Niederl, verfaßte einen "offenen

Brief", in dem er sein "gänzlich Unverständnis" darüber ausdrückt, daß Schwarz sämtliche Mitarbeiter der Lauda Air "als unqualifizierte Billigkräfte abstemple". Niederl ist der Meinung, daß die Divergenzen im Kostenniveau nicht aus einem unterschiedlichen Bildungsstand resultieren. Vielmehr würden die meisten Lauda Air-Mitarbeiter einen wesentlichen Motivationsfaktor in der Unternehmenskultur der Lauda Air sehen. (!) Das ist ja wohl nicht zu fassen: Lauda selbst ist ein deklarerter Gewerkschaftsfeind. Hier siegt bei beiden Betriebsräten der Firmen-Chauvinismus. Auf diese Weise wird das Management des neuen Konzerns keine Schwierigkeiten haben, die Beschäftigten weiterhin gegeneinander auszuspielen. Dagegen hilft nur SOLIDARITÄT innerhalb der Belegschaften, egal wie das Unternehmen jetzt heißt oder wer es gehört.

Sonntagsarbeit

## Sonntags hackeln?

von Ali Kropf,  
SOV Wien Süd

Die Bundesregierung hat beschlossen, Sonntagsarbeit kollektivvertraglich zuzulassen, "wenn dies zur Verhinderung eines wirtschaftlichen Nachteils sowie zur Sicherung der Beschäftigung erforderlich ist". Somit wird der 1855 erkaufte freie Sonntag abgeschafft. Denn eine „Begründung“ ist bald herbeigezaubert. Ein Standortnachteil ist schon konstruiert, wenn irgendwer in der EU am Sonntag eine Semmel bäckt, wenn irgendwo ein Geschäft geöffnet ist. Schon machen Opel in Asien und Phillips Investitionen bzw. die Produktion von der Sonntagsarbeit abhängig. Der Erpressung durch die Konzerne sind Tür und Tor geöffnet. Schon heute arbeiten viele Menschen - vor allem Frauen - am Sonntag, aber das ist den Unternehmern noch nicht genug.

Gewerkschafts- und SPÖ-Führung verkaufen die Regelung als Erfolg. Denn die Hauptsache ist, daß eine diesbezügliche Maßnahme durch KV erfolgt. Klar, wir sind auch gegen die ständigen Ausnahmen, die den KV aushölen. Eine kollektivvertragliche Regelung ist allerdings nur dann von Vorteil, wenn dadurch Verschlechterungen tatsächlich verhindert werden. Sonst dienen sie nur dazu, daß die Gewerkschaft die Schweinereien der Unternehmer mitbeschließt. Und diese "Einkünfte" ist zweifellos ein Rückschritt.

Bekämpft die SPÖ-Führung die Arbeitslosigkeit?

## 9 Punkte für mehr(?) Arbeitsplätze

Bundeskanzler Viktor Klima hat ein Neun-Punkte-Programm für mehr Arbeitsplätze vorgestellt. Mit diesem Programm vollzieht er programmatisch eine Wende, die realpolitisch schon längst stattgefunden hat. Eine Wende zugunsten der Unternehmer!

von Stefan Kerl,  
SOV Wien Nord

In den 70er und teilweise noch in den 80er Jahren sah die SPÖ - theoretisch - die Aufgabe des Staates auch in einer Umverteilungsfunktion. Durch Steuern und Sozialleistungen sollte der erwirtschaftete Reichtum von oben nach unten verteilt werden. Sehr weit her war es mit dieser Umverteilung nicht; schon damals stiegen die Profite stärker als die Löhne. Das Ziel war ja auch nicht, daß es allen gut geht, sondern die Nachfrage zu erhöhen und dadurch die Wirtschaft anzukurbeln.

Das Programm von Klima bedeutet auch auf der theoretischen Ebene einen klaren Bruch mit diesem klassischen „reformistischen“ Ansatz. Arbeitsplätze sollen nicht durch erhöhte Nachfrage und somit höhere Produktion, sondern durch "Standortvorteile" für Unternehmen geschaffen werden. Man setzt also die Steuern nicht mehr als Instrument der Umverteilung ein, sondern senkt sie - für die Unternehmer. Bezahlen darf die Standortvorteile die ArbeiterInnenklasse: Mit sinkenden Reallohnen, längeren Arbeitszeiten und dem „Stopfen“ der Steuerlöcher, welche die Unternehmer hinterlassen.

Ein wesentlicher Punkt Klimas ist, die für die Unternehmer so lästige

"Bürokratie" abzubauen. "Hindernisse" für die Unternehmer sollen aus dem Weg geräumt werden. Langjährige FPÖ-Forderungen drohen jetzt erfüllt zu werden. Denn zu diesen Hindernissen gehören z.B. Vorschriften im Umwelt- und Arbeitnehmerschutz und Arbeitszeitregelungen. Bei letzteren wurde ja in den letzten Wochen schon ein Durchbruch erzielt. Es ist mittlerweile in fast allen Branchen erlaubt, 10 Stunden pro Tag zu arbeiten (früher 8). Auch die Sonntagsarbeit ist seit kurzem leichter möglich.

Exporteure sollen gefördert werden. Einerseits durch die Maasstrichkriterien (die schon bisher tausende Arbeitsplätze z.B. im öffentlichen Dienst kosteten), andererseits durch Exportförderungen, die aus unseren Steuern finanziert werden. Durch die Steigerung der Exporte soll versucht werden, auf neue Märkte im Ausland auszuweichen, um so die durch Sparkpakete und Massenarbeitslosigkeit sinkende Nachfrage im Inland auszugleichen.

Eine weitere Forderung: Förderung der Forschung und dadurch Entwicklung neuer Technologien: Österreich soll zum „Technologieexporteur“ werden. Schöne Worte, doch die Realität sieht anders aus: Erstens werden die öffentlichen Mittel für Bildung drastisch gekürzt. Die Förderung der Akademie der Wissenschaften wurden Ende März



Viktor: Kanzler fürs Kapital

um acht Prozent gekürzt. Das statistische Zentralamt schätzt, daß die Ausgaben für Forschung und Entwicklung heuer niedriger als im Vorjahr (1,5 % des BIP) sein werden. Zweitens führen technologische Neuerungen - wie die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen - nicht zur Schaffung neuer, sondern zur Rationalisierung bestehender Arbeitsplätze. Die SPÖ der 90er Jahre verschreibt sich neoliberalen Konzepten und sieht die einzige Aufgabe des Staates darin, gute Standortbedingungen für Unternehmen zu schaffen. Die SPÖ wird mit dieser Politik alles mögliche schaffen - nur keine neuen Arbeitsplätze. Der einzige mögliche Lösungsansatz besteht für uns in der sofortigen Aufteilung der vorhandenen Arbeit durch drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Euromarsch

## Marsch gegen Erwerbslosigkeit

von Ali Kropf,  
SOV Wien Süd

In ganz Europa werden anlässlich der EU-Regierungskonferenz Gegendemonstrationen und -veranstaltungen durchgeführt. In der EU gibt es bereits über 20 Millionen offiziell gemeldete Arbeitslose, wobei die Dunkelziffer noch weitaus höher ist. Auch Österreich ist davon nicht ausgenommen und die Arbeitslosigkeit erreichte diesen Winter mit über 300.000 Arbeitslosen einen neuen Rekordstand. Weitere Informationen über Aktionen in Österreich und Anmeldung für die Demonstration in Amsterdam über die SOV-Hotline 0222-524 63 10.

Programm:

**14. April**  
Europaweiter Aktionstag mit einer Großkundgebung vor der Industriellenvereinigung am Schwarzenbergplatz von 15-17 Uhr

**14./15. Juni**  
Europaweite Demonstration in Amsterdam - Kostenpunkt ca. 600,- Schilling inkl. Nächtigung.





China: Nach der Einverleibung der Hong Kongs die neue kapitalistische Supermacht?

# China: Diktatur und K

*Der Tod von Deng Xiaoping, dem Architekten der kapitalistischen Restauration in China, und die Eingliederung Hong Kongs am 30.6.97 bedeuten einen neuen Abschnitt in der Geschichte Chinas. Die 1978 eingeleiteten marktwirtschaftlichen Reformen werden als Erfolgsstory sondergleichen präsentiert. Westliche PolitikerInnen fanden nach Dengs Tod fast nur gute Worte für diesen Mann, der Profit und Diktatur zu vereinbaren wußte. Die Schattenseiten des chinesischen „Kapitalismus-Modells“ - das Wohlstandsgefälle zwischen den Regionen, zwischen Stadt und Land, ArbeiterInnen und Neokapitalisten - und die daraus resultierende wachsende Instabilität finden kaum Erwähnung.*

von David Mum  
SOV NÖ

Im Dezember 1978 - nicht lange nach dem Tod Mao Tse-tungs - beschloß die Plenartagung des 11. Zentralkomitees des KP Chinas die Wirtschaftsreform und eine Westöffnung. Nach zehn Jahren Kulturrevolution lebten 1978 offiziell 300 Millionen Chinesen in absoluter Armut. Es wurde das Programm der „vier Modernisierungen“ - nämlich in der Industrie, der Landwirtschaft, Technologie und Wissenschaft sowie Verteidigung beschlossen. Konkret bedeutete dies:

- die Dekollektivierung der Landwirtschaft, also die Abschaffung der Volkskommunen
- die Modernisierung der Industrie mit westlicher Technologie und Managentechniken
- den Import von westlichem Kapital, insbesondere in neuen Sonderwirtschaftszonen in den Küstenregionen.

Diese „Modernisierungen“ markieren den Beginn der kapitalistischen Restauration in China. Auf den ersten Blick wirken die Ergebnisse der „Reformpolitik“ als großer Erfolg: In den letzten 15 Jahren ist die chinesische Wirtschaft im Durchschnitt um knapp 10 % gewachsen. Heute verzehren die Chinesen pro Kopf 2,5 mal mehr Schweinefleisch als 1978. Während damals nicht einmal 1 % der Haushalte einen Fernseher hatten, verfügen von den 100 Millionen Bewohnern der reichsten Regionen (Peking, Shanghai, Kanton) 97 % über TV, 78 % über Kühlschränke und 76 % über Waschmaschinen (1978: 6 %). China ist mittlerweile der weltweit größte Textilproduzent, der zweitgrößte Schiffsproduzent und befindet sich auf Rang 11 der Welthandelsnationen.

## Sozialistische Marktwirtschaft

1978 wollte Deng durch die Einführung von marktwirtschaftlichen

Elementen die Wirtschaft stimulieren. Gewisse Parallelen sind zur „Neuen Ökonomischen Politik“ in der Sowjetunion der 20er Jahre zu sehen. Die chinesische Bürokratie ist diesen Weg allerdings weiter gegangen als alle anderen stalinistischen Bürokratien in der Geschichte - auch als jene in Europa und der UdSSR ab Mitte der 80er Jahre. Nach und nach wurden von der Bürokratie selbst alle Fundamente einer nichtkapitalistischen Planwirtschaft demontiert. Einen Wendepunkt stellt der internationale Zusammenbruch des Stalinismus 1989 bis 1991 dar. Damals erkannte die chinesische Führung, daß es für sie keinen Weg zurück zum alten (bürokratischen) System geben kann.

1993 verwarf der Volkskongreß die Planwirtschaft und verordnete als grundlegendes Prinzip die „sozialistische Marktwirtschaft“. Damit einhergehend hat der KP-Kongreß Beschränkungen abgeschafft, die vorschrieben, daß der Staatssektor einen

größeren Produktionsanteil als die Privatwirtschaft erwirtschaften müsse. Die defizitären Staatsbetriebe verschlingen nun 70 % der Staatseinnahmen. 1994 hat der Staatssektor 34 % des industriellen Outputs produziert - 1982 waren es noch 78 %.

Heute werden 80 % der Preise und die meisten Löhne über den Markt bestimmt. 1990 wurde die erste chinesische Börse eröffnet. Nun sind es drei und mit der Eingliederung Hong Kongs verfügt China über das zweitgrößte Finanzzentrum Asiens.

Der größte Teil der ausländischen Direktinvestitionen in China stammt von Auslandschinesen. Sie finanzieren 82 % der Investitionen, die USA nur 5 % und Japan 4 %. Taiwanische Kapitalisten investieren in ca. 25.000 Projekte in „Rotchina“.

Neben den Überseechinesen und dem ausländischen Kapital verwandelt sich ein großer Teil der Bürokraten in Kapitalisten. Meist bleiben sie in ihren Staatsjobs und gründen nebenbei Firmen, für die sie auch öffentliche Fonds anzapfen. Oder öffentliche Firmen werden in Unternehmen verwandelt, die in gemischt öffentlichem und privatem Besitz stehen. So kaufen die Bürokraten Anteile zu unterbewerteten Preisen.

Gleichzeitig wachsen Korruption und Bestechung. Funktionäre haben ca. 280 Milliarden Schilling ins Ausland auf Privatkonten gebracht, das entspricht einem Drittel der jährlichen Steuereinnahmen der Zentralregierung und der Kommunen. Die Familie des verstorbenen Deng Xiaoping hat sich in Hong Kong ein Geschäftsimperium von 2,5 Milliarden Schilling geschaffen.

Mitte der 80er Jahre folgte die Liquidierung der „eisernen Reisschüssel“ durch Deng und die Parteiführung. Dieses System garantierte, daß Millionen IndustriearbeiterInnen einen lebenslangen Job, einen Mindestlebensstandard, Wohnung, Gesundheitsversorgung und ähnliches hatten.

Heute beträgt die offizielle Arbeitslosigkeit 6 Millionen - die tatsächliche Zahl ist weit höher. Häufig wird die Produktion in Fabriken vorübergehend eingestellt, die ArbeiterInnen bekommen dann einen sehr geringen Lohn. Obwohl das Werk de facto geschlossen ist, werden diese ArbeiterInnen nicht als arbeitslos gezählt.

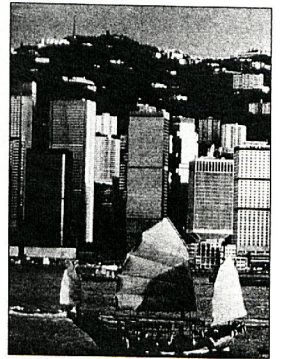
## „Rückführung“ Hong Kongs

Die Wiedereingliederung Hong Kongs wird keinesfalls eine grundlegende Änderung der wirtschaftlichen Ausrichtung des Inselstaates bedeuten. Der von den Chinesen ernannte Regent, Chung Tee-Hwa, ein Multimilliardär, verdankt seinen Reichtum, der chinesischen Regierung, die ihn gegen Kauton vor einigen Jahren freigekauft hat, als er der Korruption beschuldigt wurde.

Auch in Hong Kong ist es nur eine kleine Minderheit, die vom Wirtschaftswachstum profitiert. Der Wohlstand der Kolonie baut auf bil-

lige Arbeit der Familien, die in Wohnungen mit extrem hoher Miete oder in Slums wohnen, auf.

Hong Kongs „Rechtekatalog“ wird mit der Wiedervereinigung geändert. Die demokratischen Rechte und Wahlen, die von der britischen Regierung erst in den letzten Jahren



Krasse Gegensätze in Hong Kong

eingeführt wurden, werden wieder abgeschafft. Schon im Vorfeld der Übernahme gab es eine neuerliche Repressionswelle gegen Dissidenten am Festland. China wird im hyperkapitalistischen Hong Kong zwar demokratische Rechte beschneiden, nicht jedoch das Kapital einschränken, im Gegenteil: Hong Kong wird als Motor für den sich in den anliegenden Küstenregionen entfaltenden Kapitalismus fungieren. Der Slogan „ein Land - zwei Systeme“ ist damit historisch überholt.

## Militärische Aufrüstung

China will nicht nur wirtschaftliche, sondern in den 20er Jahren des nächsten Jahrhunderts auch militärische Großmacht werden. Die Militärausgaben wurden in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Seit Beginn der 90er Jahre wird das chinesische Militär, mit 3,03 Millionen Soldaten die größte Streitmacht der Welt, stark aufgerüstet. Denn die Armee muß auf zukünftige Konflikte vorbereitet werden, damit China seine ökonomischen und strategischen Interessen verteidigen kann. Die Peking Akademie der Sozialwissenschaften stellte fest, daß ein Konflikt mit den USA und dem Westen nicht mehr zu vermeiden ist. In der Region kämpft China (vorerst ohne Waffen) mit Indien um die Vorherrschaft und braucht daher ein starkes Heer. Paul Dibb vom Londoner Institut für strategische Studien meint, daß China mit größter Wahrscheinlichkeit die Nation sein wird, die das Kräftegleichgewicht in dieser Region zu ihren Gunsten verändern wird.

## Wohlstandsgefälle

1994 betrug das durchschnittliche BSP pro Kopf in China 435 US-\$. (Taiwan 11.200 US-\$) Diese teilt sich aber sehr unterschiedlich zwischen verschiedenen Gebieten und Bevölkerungsgruppen auf, z.B. hat

## Der lange Weg der Restauration

# Wohin steuerte er?

*Die KP Chinas kam 1949 an der Spitze der Volksbefreiungsarmee, die sich vor allem auf Bauern stützte, an die Macht. Sie führte einen entschlossenen Kampf gegen den japanischen Imperialismus und konnte gerade dadurch ihre Anhängerschaft unter der Landbevölkerung ausbauen. Die chinesische Bourgeoisie war unfähig, die drängendsten Probleme des chinesischen Volkes zu lösen - den Großgrundbesitz abzuschaffen, eine Landreform und China von der imperialistischen Unterdrückung und Beherrschung insbesondere durch Japan zu befreien.*

Mao wollte die Revolution, gemäß der damals gültigen Doktrin Stalins, anfänglich auch auf diese - eigentlich „bürgerlichen“ - Aufgaben (Landreform etc.) beschränken. Doch ohne zentrale Planung war es unmöglich, im zerrütteten China wirtschaftliche Fortschritte zu erzielen. Ab 1953 setzte die Regierung auf beschleunigte Verstaatlichung der Industrie und Kollektivierung der Landwirtschaft.

Maos Regime hatte von Anfang an den Charakter einer bürokratischen Diktatur, es gab keinen Prozeß der Degenerierung der Revolution, wie in der frühen Sowjetunion. Die Abschaffung des Kapitalismus - selbst unter bürokratischen Vorzeichen - Anfang der 50er Jahre veränderte China zunächst positiv. Aus einem schwachen, zerissenen und extrem unterentwickelten Land, das durch Analphabetentum, Hunger, nationale Erniedrigung und eine brutale Unterdrückung der Frauen gekennzeichnet war, wurde ein Staat, der eine gewaltige wirtschaftliche und soziale Ent-

wicklung durchmachte. In den ersten 30 Jahren nach der Revolution konnte die wirtschaftliche Produktion auf das 80fache gesteigert werden. Durch die medizinische Versorgung wurden Seuchen zurückgedrängt, die Säuglingssterblichkeit wurde auf unter 2 % gesenkt, die Lebenserwartung stieg von 40 Jahren (1945) auf 60 Jahre (Ende der 70er Jahre).

Trotz dieser gewaltigen Fortschritte war die Herrschaft einer stalinistischen, privilegierten Bürokratie ein relativer Hemmschuh für das Land. Alleine der von ihr betriebene Zickzackkurs kostete eine ungeheure Zahl an Menschenleben und Ressourcen. Wahnsinnsprojekte wie der „große Sprung nach vorne“ oder die Kulturrevolution brachten das Land nahe an den Zusammenbruch. Beim „großen Sprung nach vorne“ sollten die Massen „aufgerüttelt werden wie noch nie“, um in drei Jahren harten Kampfes eine gewaltige Steigerung der Produktion zu erzielen. In jedem Hinterhof wurden kleine Hochöfen zur Eisengewinnung errichtet. Durch



Mao Tse-tung

irrsinnig überhöhte Planziele mußte das Projekt als Fehlschlag abgebrochen werden. Damals verhungerten Millionen Chinesen.

Danach wurden wirtschaftliche Liberalisierungen eingeleitet, denen 1966 mit der „großen proletarischen Kulturrevolution“ ein jähes Ende gemacht wurde. In einem Machtkampf in der Bürokratie entfachte Mao eine „Volksbewegung gegen kapitalistische Tendenzen“, die sich in Wirklichkeit gegen seine Rivalen in der Partei richtete. Die 22 Millionen starken roten Garden sollten die krassen bürokratischen Auswüchse bekämpfen. Diesem Jahre andauernde Kampf fielen zehn Millionen Menschen zu Opfer. Nach Maos Tod 1976 setzte sich im innerparteilichen Machtkampf der zuvor schon verstoßene und rehabilitierte Deng durch, der nach der Kulturrevolution auf Liberalisierung und Öffnung Richtung Westen setzte.



# apitalismus

die Provinz Guangdong mit 65 Millionen Einwohnern ein Durchschnittseinkommen von 1350,- US-\$. Das BSP in der Sonderwirtschaftszone Zhuhai erreicht das 86-fache der Stadt Qingang in der Armutsprovinz Guizhou.

Dieses Wohlstandsgefälle führt trotz Verbot zu gigantischen Wanderungsbewegungen, vor allem wegen der Landflucht, die in der beispiellosen Verarmung der 800 Millionen am Land lebenden Menschen wurzelt. So werden bis zum Jahr 2000 rund 200 Millionen Menschen auf der Suche nach einem Arbeitsplatz in den Süden strömen. Alleine 1993 haben 50 Millionen Bauern diesen Weg beschritten.

Des weiteren entwickeln sich Landwirtschaft und Industrie zunehmend unterschiedlich, so daß die Einkommen der Bauern nicht mit den Löhnen der städtischen Wirtschaft mithalten. Die Regierung kauft die Ernte nicht gegen Geld, sondern gegen nur schleppend einlösbare Schuldscheine. Der Ankaufspreis von Reis steigt wenig, während die Kosten für Dünger in die Höhe schießen. Seit dem Reformbeginn hat sich die Rate der Kapitalverbrechen offiziell um das 7,8-fache erhöht - ein weiteres Indiz für zunehmende soziale Spannungen.

Auf alle diese Entwicklungen hat die Bürokratie keine Antwort.

Während sie weiterhin nicht vom kapitalistischen Weg abrücken, wollen sie dessen Schattenseiten und Gefahren für das Land mit zweifelhaften Kampagnen begegnen.

1995 machte Ministerpräsident Li Peng folgenden Vorschlag: „Um die allgemeine Moral zu fördern, werden wir eine Konferenz zur Auszeichnung von Helden der Arbeit abhalten.“ Eine weitere Kampagne ist die für den Patriotismus. Die Einzelinteressen der Provinzen, Staatsbetriebe und Ministerien sind groß geworden. Gegen eine mögliche Spaltung des Landes setzt die Zentralbürokratie auf chinesischen Nationalismus. Die Manöver vor der taiwanesischen Grenze im Frühling 1996 richteten sich nicht nur gegen den Unabhängigkeitskandidaten bei den taiwanesischen Präsidentschaftswahlen, sondern waren auch als Warnung gegen Loslösungstendenzen innerhalb des Staates gemeint. Die Führung Chinas hat die nicht unbegründete Angst, daß reiche südliche Provinzen in Taiwan einen Verbündeten gegen die Zentralregierung suchen könnten.

Die zunehmenden sozialen Spannungen stoßen auf Widerstand, der von der Staatsführung brutal bekämpft wird. JedeR, der/die für mehr Arbeiterrechte eintritt, wird von der KP Chinas der Sabotage der Wirtschaft beschuldigt. Versuche,

Gewerkschaften zu gründen, werden mit drei Jahren Arbeitslager bestraft.

## Motor für die Weltwirtschaft?

Stalinistische Unterdrückung gesellt sich im heutigen China zu kapitalistischer Ausbeutung. 150.000 chinesisch-ausländische Joint-Ventures profitieren von geringen Löhnen und Arbeitszeiten von täglich bis zu 15 Stunden, die heute den „Tigerstaaten“ Konkurrenz machen. China wird vor allem wegen seines großen - und noch fast zur Gänze unerschlossenen - Marktes als treibende Kraft für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft gesehen. Die Millionen potentieller chinesischer Konsumenten verfügen allerdings nicht über das nötige Einkommen um die westlichen Konsumgüter kaufen zu können. Unklar ist auch, wie lange soziale Explosionen und größere regionale Konflikte noch verhindert werden können - beides aber sind massive Hindernisse für eine Entwicklung im Sinne des Kapitals.

## Kampf gegen Bürokratie und Kapital

China begann 1978 als erstes stalinistisches Land mit marktwirtschaftlichen Reformen in größerem Umfang. Am Beginn stand die Idee, die Wirtschaft durch kapitalistische Ele-



Mit Gewalt gegen die Demokratiebewegung 1989

mente zu stimulieren, aber dieser Prozeß hat eine Eigendynamik entfaltet und nach knapp 20 Jahren zu einem weitgehend kapitalistischem China geführt. In diesem verbinden sich frühkapitalistische Zustände und ein „laissez faire“-Prinzip in der Wirtschaft mit stalinistischer Diktatur auf der politischen Ebene.

Kämpfe der ArbeiterInnen können sich heute nicht auf demokratische Forderungen beschränken, sondern

müssen auch klassenkämpferische Auseinandersetzungen gegen die neue Bourgeoisie sein. Damit müssen sie über die niedergemetzelte Demokratiebewegung von 1989 hinausgehen, die zwar keine prokapitalistischen Forderungen aufgestellt, aber den politischen Befreiungskampf gegen die stalinistische Diktatur noch nicht mit dem sozialen Kampf gegen Hyperausbeutung verbunden hat.

## Südostasien als Modell für den Aufschwung?

# Tiger in Mode?

*In Zeiten einer stagnierenden Weltwirtschaft und sinkender Wachstumszahlen scheinen die asiatischen Tigerstaaten den Ausweg aus der Krise zu zeigen. Dem Aufstieg von Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur wird nun eine doppelte Funktion zugewiesen: Einerseits sollen sie als Beispiel dafür dienen, wie's geht, andererseits wird gehofft, daß Südostasien den Karren der Weltwirtschaft aus dem Dreck zieht.*

von Sonja Grusch  
SOV Wien/Nord

Die Staaten in Südostasien - begonnen mit Japan, gefolgt von den Tigerstaaten, weitergeführt von den Drachenstaaten (Malaysia, Thailand, Indonesien...) - haben sich innerhalb weniger Jahrzehnte von ihrer Position als wirtschaftliche Schlußlichter an die Spitze der Weltwirtschaft katapultiert. Während in den 60er Jahren gerade 10 % des weltweiten BIP aus dem pazifischen Raum (inkl. Australien) kamen, lag der Anteil 1995 bereits bei 26 %. 1995 kamen 28 der 100 größten Industrie-Unternehmen aus diesem Raum, vor zwanzig Jahren waren es nur 10.

## USA finanziert Wunder

Für diese Entwicklung gibt es handfeste Gründe: die Bewegungen der Arbeiter und Bauern, die Gefahr einer Revolution der Unterdrückten (wenn auch stalinistisch deformiert)

stellten im Zusammenhang mit der Chinesischen Revolution von 1949 eine Bedrohung für die USA und ihre Verbündeten dar. Der Korea- und der Vietnam-Krieg wurden von der USA aus Angst vor dieser Revolution geführt. Aus demselben Grund erzwangen die USA von den herrschenden Feudalherren eine Landreform - besser ein bißchen nachgeben, als die ganzen Staaten zu verlieren - war die Devise. Die Wirtschaft der südostasiatischen Staaten wurden durch „milliardenschwere“ Wirtschaftshilfe und bevorzugte Behandlung durch die USA mitaufgebaut, um sie als Brückenkopf zu erhalten (noch immer sind rund 37.000 US-Soldaten in Südkorea stationiert).

## Der starke Staat

Die Tigerstaaten stehen im Gegensatz zu den Behauptungen neoliberaler Ökonomen, die ein größtmöglicher Zurückziehen des Staates fordern. In Singapur übt der Staat Kon-

trolle auf die Höhe der Löhne und die „Arbeitsdisziplin“ aus. Die Arbeitszeit wurde erhöht, Zuschläge gestrichen, der Arbeitsdruck stieg - kurz, die Arbeitskosten wurden möglichst niedrig gehalten. In Hongkong schuf der Staat durch eine de facto-Zerschlagung der Gewerkschaften gute Ausgangsbedingungen für das Kapital. In Taiwan, einer „autoritären Entwicklungsdiktatur“, gab es Autonomie nur im Bereich der Wirtschaft. Die Opposition wurde behindert und gewerkschaftliche Tätigkeit unterbunden bzw. gelbe Gewerkschaften errichtet. Die südkoreanische Wirtschaft wurde mittels gigantischer staatlicher Subventionen und staatlicher 5-Jahres-Pläne in den Club der Industrienationen gebracht. Auch hier Gewerkschafts- und Streikverbote. Gemein ist allen Tigerstaaten die Bereitstellung von Infrastruktur durch den Staat sowie wirtschaftsfördernde Steuer- und Subventionspolitik und Investitionsanreize auf der einen und Repressionen gegen Arbeitskämpfe und Gewerkschaften auf der anderen Seite.

## Erstarken der Arbeiterklasse

Die große Nachfrage nach Arbeitskräften ermöglichte es, starke Reallohnsteigerungen und Verbesserun-



Streikende ArbeiterInnen in Südkorea

gen des Lebensstandards zu erkämpfen. Von Bewunderern der asiatischen Entwicklung wird immer wieder behauptet, in den Tigerstaaten gäbe es keine aktive Gewerkschaftsbewegung wegen des „Konfuzionismus“ mit seinen starren Traditionen und Hierarchien und der „harmonieorientierten Bevölkerung“. Tatsache ist allerdings, daß es seit dem Beginn der Industrialisierung in Südostasien gewerkschaftlichen Widerstand gibt und die Arbeiterklasse harte Kämpfe um ihre Rechte geführt hat. Diese an Zahl und Selbstbewußtsein erstarkte Arbeiterklasse wird zunehmend zum Problem für das Kapital. Ihre Forderungen können und wollen Unternehmer und Staat in Zeiten einer stagnierenden Weltwirtschaft nicht akzeptieren. Hinzu kommt noch die

wegen der hohen Exportquote extreme Abhängigkeit vom Weltmarkt.

Wie in Europa wird auch hier das Argument „Globalisierung“ benützt, um den Arbeitsdruck zu erhöhen. Aufgrund der steigenden Lohnkosten lagern die Unternehmer zunehmend in die noch billigeren Drachenstaaten aus. Erstmals in diesem Jahrhundert wird Arbeitslosigkeit in Südostasien zum Problem und kann daher als Druckmittel eingesetzt werden. Die Streiks in Südkorea richteten sich gegen die Versuche des Staates, die Gewerkschaftsrechte noch weiter zu beschneiden und die Arbeitsbedingungen und Löhne zu verschlechtern. Die Normalität des krisenhaften Kapitalismus kehrt nun auch in diese Regionen der Ausnahmeentwicklung ein.



## Schräges Verständnis von Freiheit

# Larry Flynt

**Pornographie als Befreiung von sexueller Unterdrückung, jede Menge Klischees eines Amerikas, wie es sich selbst gern sieht und banale, peinliche Dialoge: Larry Flynt - die nackte Wahrheit. So einen Film Ende der 90er Jahre zu drehen ist dabei das einzig Skurrile bzw. Bemerkenswerte.**

von David Mum  
SOV Niederösterreich

Der "Held" Larry Flynt ist Nachtclubbesitzer und hat übrigens schon mit jedem "seiner Mädchen" geschlafen. Laut Drehbuch waren darauf alle absolut scharf, denn außer „vögeln“ haben sie sowieso nichts im Kopf. Da ist auch nichts dabei, wenn Larry im Whirlpool neben seiner Freundin schnell mal ein "Mädchen" entjungfert, was alle, sie eingeschlossen, begeistert und amüsiert.

Mit der Herausgabe des Magazins Hustler, eines Pornoheftes der schlimmsten Sorte, entwickelt sich Larry zum „Kämpfer für die Pressefreiheit“. Die Reduktion der Frau auf ihre Vagina bringt da einzig und al-

lein heuchlerische und verkorkste christliche Puritaner und das Establishment auf die Barrikaden und Larry wird im Kampf um sein Magazin zum Kämpfer zur Rettung jener Freiheit, die Amerika zu einem wunderbaren Land gemacht hat.

Nach einem Attentat, das ihn auch in der Lendengegend lähmt und an den Rollstuhl fesselt, wird der Film auch noch dramatisch: Drogensucht, Tod seiner AIDS-kranken Frau und ein jahrelanges Gerichtsverfahren gegen einen Fernsehprediger. Am Schluß hat er dann alle vor der bösen, reaktionären Zensur gerettet. Danke, Larry.

Der Handlung entspricht auch die künstlerische Umsetzung des Films. Die Dialoge zwischen Larry und seiner Frau sind banal, theatralisch und

nach 10 Minuten langweilig. Alle Pornogeegner sind reaktioäre, korrupte Heuchler. Eingebaut sind noch der amerikanische Mythos der unbegrenzten Möglichkeiten. Larry Flynt: vom Tellerwäscher zum Millionär, aufgewachsen in ärmsten Verhältnissen in einer Hütte ohne Elektrizität "arbeitet" er sich vom alphabetischen Schwarzbrenner mit seinem Hustlermagazin zum Multimillionär hoch - und natürlich setzt sich am Ende der ehrliche Larry gegen das Böse durch.

Die Freiheit, die er meint, für die er alles riskiert und viel verlor (allerdings wohl auch wegen des Medienrummels gwan), besteht übrigens darin, u.a. folgendes darzustellen: Farbige, die wie Hunde an ihren Penissen herumgeführt werden, Massenvergewaltigungen auf Billardtischen, kotbeschmierte Frauen oder solche, die in Fleischwölfen verenden. Die Freiheit, sexistische und rassistische Abbildungen kapitalistisch in Profit zu verwandeln ist



Courtney: Reich dank Sexismus

ein kostbares Gut.

Aber Gott sei Dank wird die Jugend Amerikas vor Alkohol unter 21 und Nikotin bewahrt und wird auch sonst Puritanismus hochgeschrieben.



16. - 23. August 1997  
Tschechische Republik

- Diskussionen zu: Geschichte der Arbeiterbewegung, internationalen Themen, grundsätzlichen und aktuellen Fragen - auf die Wünsche der TeilnehmerInnen wird eingegangen!
- Gemeinsame Sport- und Freizeitaktivitäten
- Kulturprogramm (Besichtigungen, Filme, etc...)

Ungefähre Kosten (inkl. Fahrt und Unterkunft): rund 8.120,-  
Anmeldungen ab sofort durch Anzahlung von 650,-  
Achtung: Wir haben nur eine begrenzte TeilnehmerInnenzahl!!!

## In eigener Sache

# Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

## Wofür wir kämpfen

**Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!**

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von 65.13000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

**Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen**

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische Ar-

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdictatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

**Für Sozialismus international**

- Nein zur kapitalistischen EU. Sozial auf gleichem demokratischer

iner Bewegung d. Grünen. Wir linke OppositionsinteressenvertremerInnen und Gewerkschaften Schulen mit der Gründung Offensive Vorreitrag sein. einer neuen in-iterInnenbewe-

st nötig. Ledig-ormen können e Veränderung. ArbeiterInnen-Jugend müssen it dem kapitali-fitsystem und s kämpfen.

RDEN!

## TERMINE

- 10.4. „Zukunft der Arbeit“ Regionalgruppe NÖ
- 14.4. „Recht auf Abtreibung“ mit einer Referentin vom Ambulatorium für Schwangerenhilfe FrauenStammtisch OG Wien Ost
- 15.4. „Wohin gehen die Grünen?“ OG Wien Süd/Mitte
- 16.4. „Aufstand in Albanien“ OG Wien Süd/Mitte
- 22.4. „Ende der Sozialversicherung?“ mit GLB-Vorsitzendem Groß OG Wien West
- 23.4. „Globalisierung und Gewerkschaften“ mit Peter Kreisky GewerkschaftsStammtisch OG Wien Nord
- 25.4. „Aufstand im Warschauer Ghetto '44“ OG Wien Nord
- 26.4. „1.Mai - Für den 8-Stunden-Tag kämpfen“ Regionalgruppe OÖ

## Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Ortsgruppen der SOV. Oder ruf uns an: 0222/524 63 10

Wien

**Ortsgruppe Wien Süd/Mitte:**  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
„Amerlinghaus“  
7; Stiftg.8

**Ortsgruppe Wien West:**  
jeden Dienstag 19.30 Uhr  
„Club International“  
16; Payerg.14

**Ortsgruppe Wien Nord:**  
jeden Freitag 19.30 Uhr  
„Cafe Spectrum“  
2; Arnezhofersg.8

**Ortsgruppe Wien Ost:**  
jeden Dienstag, „Zentrum Erdberg“  
3; Lechnerstr.2-4; 19.30 Uhr  
**GewerkschaftsStammtisch:**  
jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, „Zentrum Erdberg“; 19 Uhr  
3; Lechnerstr.2-4  
**FrauenStammtisch**  
jeden 2. und 4. Montag im Monat, „Zentrum Erdberg“; 19 Uhr  
3; Lechnerstr.2-4

**Oberösterreich - Wels**  
jeden Samstag 14 Uhr  
„Haus der internationalen Jugend“  
Grünbachplatz 5 (Nähe Bahnhof)

**Niederösterreich - Wr. Neustadt**  
jeden Donnerstag 19.00 Uhr  
Bahnhofsrestaurant Wr.Neustadt

## Kampffonds

aktuell



von Sonja Grusch

48,84%

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel Februar bis April: 65.70.000,-  
davon erreicht: 48,84 %  
Märzziel erreicht: 80,79%  
Besonderer Zeitungserverkauf:  
SOV-Nord-Infotisch: 73  
Frauentag: 104 Stück  
Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren. Denn: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

## SOV Abo-Karte

Die **Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV** ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die **SOV** kämpft gegen Sozialabbau und Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung - für Sozialismus!  
Wir haben in mehreren Bundesländern Ortsgruppen die sich wöchentlich treffen und geben außerdem das monatliche **Vorwärts** heraus.

Das neue **Vorwärts** gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis

Ein **Vorwärts**-Abo für:

- 5 Nummern zu 65 50,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 65 100,- (inkl. Porto)
- .. Stück **Vorwärts** zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Ein **Vorwärts**-Förder-Abo für:

- 5 Nummern zu 65 100,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 65 200,- (inkl. Porto)

Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der **SOV** und möchte:

- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Eure Materialliste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)
- Mitglied der **SOV** werden!





Internationales

## Israel

**Längster Streik in Israels Geschichte**

Vier Monate lang streikten die ArbeiterInnen von Haifa-Chemical gegen die geforderte Kürzung der Arbeitskosten um 30 %. Der Arbeitskampf ging mit einer Betriebsbesetzung durch die 550 Beschäftigten einher. Nun mußten sie den Kampf beenden, da der Gewerkschaftsbund Histadruth seine Unterstützung zurückzog. Das bedeutet, daß der Streik 1. illegal wird und 2. kein Streikgeld mehr bezahlt wird. Das Ergebnis des Histadruth-Rückzugs sind 55 Kündigungen, 60 frühzeitige Pensionierungen und Lohnkürzungen von 8 %. Das Ende des Arbeitskampfes kommt der krisengeschüttelten Regierung recht. Denn seit Monaten wird Israel von Streiks gegen die Kürzungs- und Privatisierungspolitik erschüttert.

## Eurostreik

**Renault-ArbeiterInnen zeigen wie's geht**

Die Beschäftigten von Renault aus Belgien, Spanien und Frankreich haben gezeigt, wie die Antwort auf die „Globalisierung“ aussehen kann. Sie haben gemeinsam, über alle Grenzen hinweg, gegen die Schließung eines Renault-Werkes im belgischen Vilvorde demonstriert und gestreikt. Die Versuche von Nationalisten, den Protest zu vereinnahmen, wurden verhindert - die KollegInnen zeigen, was Internationalismus wirklich bedeutet. Renault versucht mit der Schließung im Produktionsbereich aus den roten Zahlen zu kommen (verdient wird vor allem im Spekulationsbereich). Und tatsächlich stieg die Renault-Aktie sofort nach Bekanntgabe der Schließungspläne. Und der Kurs wird wohl auch durch die Streiks wieder gesunken sein - denn vor nichts hat das Kapital mehr Angst, als vor einer geeinten, kampfbereiten, europäischen ArbeiterInnenklasse die sich nicht mehr gegeneinander ausspielen läßt!

## Frankreich

**Protest gegen Spitzel-Gesetz**

Der französische Innenminister Jean Louis Debre wollte mittels eines neuen ImmigrantInnen-Gesetzes FranzösisInnen als Spitzel für seine rassistische Politik verpflichten. Sie sollten verpflichtet sein, den örtlichen Behörden zu melden, wann ImmigrantInnen in einem Gebiet eintreffen und wann sie es verlassen. Der Staat will damit Kosten für die Polizei sparen und mittels Blockwartsystem Stimmung gegen AusländerInnen schüren. Hunderttausende haben gegen dieses Gesetz unterschrieben. Hunderttausende haben dagegen demonstriert - und als ersten Schritt Debre gezwungen, den Spitzel-Artikel zu streichen.

## Deutschland

**„Der Dicke muß weg!“**

*Das Ende der Ära Kohl hat begonnen. Kaum ein Tag in den letzten Wochen ohne wütende Proteste von ArbeiterInnen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau: Nach dem Anstieg der Arbeitslosigkeit allein im Januar um eine halbe auf 4,7 Millionen und wegen der durchgeführten und geplanten Kürzungen reißen die streikenden und demonstrierenden Bergleute, Bauarbeiter und Stahlkocher die Regierung in die tiefste Krise seit Jahren.*

von Sascha Stanicic,  
SAV (Deutschland)

Anfangen hatte die Protestwelle '97 mit Straßenblockaden und Demonstrationen gegen die Castor-Transporte. Die militanten Aktionen von Jugendlichen sowie Bäuerinnen und Bauern aus der Region Gorleben - Straßenblockaden, die Unterhöhung von Straßen, Anketten an Eisenbahngleise - machten Schule. Im Februar bildeten 200.000 Bergleute und Andere eine Menschenkette durch das Ruhrgebiet aus Protest gegen den von der Kohlregierung geplanten Subventionsabbau. Wenige Wochen später traten sie in den Streik, besetzten die Zechen, blockierten Autobahnen, ketteten sich vor der FDP-Zentrale an und stürmten die „heilige“ Bannmeile im Bonner Regierungsviertel.

**Bremser Gewerkschaftsführung**

Zum ersten Mal seit Jahren kam es zu Auseinandersetzungen zwischen GewerkschafterInnen und Polizei. Bemerkenswert war, daß die KollegInnen spontan reagierten, ohne auf Anweisungen ihrer Gewerkschaftsführung zu warten. Im Gegenteil,

diese läuft ihrer Basis hinterher. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) hatte bereits dem Subventionsabbau in Milliardenhöhe und dem Abbau von Arbeitsplätzen zugestimmt, statt die ArbeiterInnen mit Argumenten zu bewaffnen und entschiedenen Kampfmaßnahmen zu ergreifen. IGBE-Chef Berger wurde für seine weiche Haltung der Regierung gegenüber auf einer Kundgebung in Bonn ausgepöflet.

**Das „neue“ Deutschland**

Die Militanz, die Spontaneität und die Kritik der Gewerkschaftsbasis an der IFBE-Führung sind die wichtigsten neuen Merkmale der ArbeiterInnenprotesten. Deutschland hat sich in diesen wenigen Wochen nachhaltig verändert. Und das, obwohl es der Gewerkschaftsführung gelang, nach einem faulen Kompromiß und dem Versprechen, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, die DemonstrantInnen nach Hause zu schicken. Es waren aber nicht nur die Bergleute, die auf der Straße waren. Zeitgleich demonstrierenden zehntausende Bauarbeiter für einen tariflich gesicherten Mindestlohn - auf Deutschlands größter Baustelle



Die SAV in Aktion - gegen Sozialraub und für Generalstreik

Berlin. Hier blockierten sie Straßenkreuzungen, durchbrachen Polizeibarrikaden und besetzten Baustellen. Den Bauarbeitern folgten die Stahlkocher. Als bekannt wurde, daß der Krupp-Hoesch-Konzern vorhat, den Thyssen-Konzern in einer sogenannten „feindlichen Übernahme“ zu schlucken, war auch bei den Stahlarbeitern der Ofen aus. Wegen der Proteste wird aus der feindlichen Übernahme jetzt zwar „nur“ eine Fusion im Stahlbereich. Was bleibt, ist aber der Verlust von mindestens 8.000 Arbeitsplätzen und die Schließung ganzer Werke. 30.000 Metaller zogen deshalb am 25.3. nach Frankfurt vor die Zentrale der Deutschen Bank, die, mit Vertretern in den Aufsichtsräten beider Konzerne, im Hintergrund die Fäden zog. In mehreren Betrieben von Krupp-Hoesch und Thyssen wurde die Arbeit nicht wieder aufgenommen und

ging der Streik weiter. Die Sozialistische Alternative (SAV), die Schwesterpartei der SOV in Deutschland, beteiligt sich an den ArbeiterInnenprotesten. Wir kämpfen für eine Zusammenfassung des Widerstandes, den Erhalt aller Arbeitsplätze und den Sturz der Kohlregierung. Unser Aufruf für einen Generalstreik an Ruhr und Saar fand Zustimmung bei den Bergleuten. Auch bei den Protesten der Stahlkocher waren wir aktiv. Wir glauben nicht den scheinheiligen Versprechungen von sozial verträglichem Arbeitsplatzabbau und Ersatzarbeitsplätzen! Überführung der Banken und Stahlkonzerne in Gemeineigentum ist unsere Antwort auf die Machenschaften der Deutschen Bank und Krupp-Hoesch. Nur wenn Banken und Kapital entmacht werden kann die Arbeitsplatzvernichtung ein Ende finden.

## Albanien

**Bürgerkrieg in Albanien**

*Der Zusammenbruch von dubiosen Finanzanlagefirmen hat in dem drei Millionen Einwohner zählenden Albanien eine Revolte ausgelöst. Wochenlange Auseinandersetzungen führten zu einer weitgehenden Auflösung der staatlichen Strukturen. Ist wieder einmal ein Balkanvolk verrückt geworden, wie uns Krone & Co. weismachen wollen, oder geht es da doch um etwas anderes?*

von Julia Masetovic, AGM

Nach dem Bruch mit der Sowjetunion 1963 und mit China 1978 hat das bürokratische Regime unter der Führung von Enver Hoxha Albanien in die totale wirtschaftliche Isolation geführt. Das stalinistische Konzept des „Sozialismus in einem Land“ hat im kleinen Albanien noch weniger funktioniert als in der Sowjetunion.

Nachdem die Stalinisten selbst noch 1990 die ersten Marktreformen eingeführt hatten, ist 1992 - unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds - die extrem marktwirtschaftliche „Demokratische Partei“ von Sali Berisha an die Macht gekommen. Berisha hat dem Westen in der Balkankrise gute Dienste geleistet (Operationsbasis für NATO-Truppen) und außerdem die interessantesten Teile der Wirtschaft (Öl, Mineralien) griechischen und italienischen Investoren überlassen. Trotz seiner korrupten Herrschaft wurde er vom Westen (auch und besonders von der ÖVP) hofiert.

Zwischen 1992 und 1996 wurde Albanien zu dem Land in der Region mit der stabilsten Währung, den höchsten Wachstumsraten und der größten Bedeutung der Privatwirtschaft. Die Schattenseiten waren ein drastischer Rückgang der industriellen Produktion und ein instabiles Bankensystem. Dazu kamen ein Rückgang der Reallöhne und wachsende soziale Ungleichheit. Ab 1994 wuchs die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime Berishas immer mehr. Die Wahlen von 1996 konnte er nur mit einem großangelegten Wahlbetrug „gewinnen“. Maßgeblich unterstützt wurde er von den Außenstellen der Parteistiftungen der deutschen CDU und CSU.

Der Zusammenbruch der Finanzanlagefirmen im Jänner, durch den Hunderttausende ihr Geld verloren, führte dann zur Revolte. Ausgehend von der Hafenstadt Vlora brachten Aufständische seit Anfang März schrittweise ganz Südalbanien unter ihre Kontrolle. Sie fordern nicht nur die Rückgabe des verlorenen Geldes,

sondern auch den Rücktritt Berisha, der in die halbseidenen Finanzmachenschaften verstrickt ist. Wie in vielen osteuropäischen Ländern ist auch in Albanien die neue Kapitalistenklasse eng mit der Mafia verbunden.

Die Führung der Aufständischen besteht aus



Der Staat setzt auf Gewalt

lokalen Funktionären der „Sozialistischen Partei“ (SP), aus von Berisha entlassenen Militärs und aus einfachen ArbeiterInnen. Mit täglichen Volksversammlungen gibt es auch Ansätze einer direkten Demokratie der städtischen Bevölkerung. Während in der Hauptstadt Tirana die Revolte eher chaotisch abließ und auch unpolitische Banden eine Rolle spielten, versuchen die Aufständischen im Süden ansatzweise neue politische und militärische Strukturen aufzubauen. Da viele Soldaten mit den Aufständischen sympathisieren, hat die Armee kaum Widerstand geleistet und die Aufständischen konnten große Mengen an Waffen erobern.

So in die Defensive geraten hat Berisha gemeinsam mit der promarktwirtschaftlichen Führung der SP eine Übergangsregierung gebildet.

Der Ausgang der albanischen Krise wird einerseits davon abhängen, ob es Berisha gelingt, seinen riesigen Geheimdienst zu reorganisieren und die Bevölkerung Nordalbanien, die einen anderen Dialekt spricht als die Südalbaner, gegen die Aufständischen aufzuheizen. Andererseits wird es davon abhängen, ob die Aufständischen eine wirkliche Arbeiterdemokratie errichten und damit eine politische Perspektive entwickeln können, die über das kapitalistische System hinausweist.





*In den letzten Wochen und Monaten schwappte eine nie dagewesene Welle rassistischer Hetze, Verleumdungen und Verdrehungen über Österreich. TrägerInnen dieser Hetze finden sich in allen möglichen Bereichen. VorreiterInnen sind natürlich wieder einmal FPÖ-FunktionärInnen und KRONE-JournalistInnen. Doch auch bei SPÖ und ÖGB stehen rabiate Rassisten an vorderster Front.*

von Harry Mahrer  
JRE-Bundeskoordination

Ausgangspunkte der Hetz-Kampagne waren der Vorstoß des Kärntner FPÖ-Recken Karl-Heinz Grasser, AusländerInnen von Österreichs Baustellen zu vertreiben, und die „Erfolge“ der bayrischen Grenzpolizei beim Aufspüren „Illegaler“.

#### Arbeitsplätze durch „Ausländer Raus!“?

Als ob die ÖGB- und SPÖ-Spitzen nur darauf gewartet hätten, daß endlich ein FPÖ-Kamerad den Damm bricht, starteten sie mit ÖVP und FPÖ eine Art Wettlauf um die rassistischste Diffamierung der nichtösterreichischen KollegInnen.

Ein paar „Highlights“: „Wegen der angespannten Lage am Arbeitsmarkt“ will Werner Fasslabend (ÖVP/ÖAAB) arbeitslosen AusländerInnen „zum Abschied“ ein paar Tausender in die Hand drücken. „Humaner“ Nachsatz: Das Geld ist in der Türkei ohnehin mehr wert.

Khol (ÖVP-Klubchef) geht den nächsten logischen Schritt und fordert die Abschiebung „arbeitsunwilliger“ Neo-Gastarbeiter.

Spitzenreiter auf Seiten der SPÖ ist Peter Kostelka (SPÖ Klubchef), der es für „einen bestechenden Gedanken“ hält, BosnierInnen ohne Chance auf einen Arbeitsplatz in Österreich, Startkapital für eine Lebensge-

staltung - in Bosnien - zu geben. Sollte das Modell „funktionieren“, muß es nach seinen Vorstellungen auf Arbeitslose nichtösterreichischer Herkunft ausgedehnt werden. Das neue „Integrationspaket“ sieht aber bereits erweiterte Abschiebemöglichkeiten gegen arbeitslose AusländerInnen vor, die nicht lange genug in Österreich sind (8 Jahre wohnen, davon 7 Jahre arbeiten). Es haben also nur Menschen, die vor 1989 (Fall des eisernen Vorhangs) nach Österreich gekommen sind, die Chance auf Integration.

Die ÖGB-Spitze mußte in diese Schlammschlacht erst gar nicht einsteigen. Sie fordert ja ohnehin seit Monaten die Senkung der Quoten für Beschäftigungsbewilligungen.

Resultat einer solchen Politik: Ein rumänischer Staatsbürger, dessen Beschäftigungsbewilligung nicht verlängert wurde (siehe ÖGB-Forderung oben), zündete sich aus Verzweiflung an, und erlag seinen Verletzungen. Tags darauf traf beim steirischen Arbeitsmarktservice ein Fax ein, welches lautete: „Laßt sie brennen! Gebt die Arbeitsplätze den ÖsterreicherInnen! Wir brauchen sie!“

Regierung und ÖGB bereiten in trauter Einigkeit mit der FPÖ den Boden für den braunen Bodensatz!

#### Hetze gegen Flüchtlinge!

Nachdem die bayrische Grenzpolizei zwei Flüchtlingstransporte durch

Österreich auffliegen ließ, steigerte sich die Anti-AusländerInnen-Hysterie ins Unermeßliche. Selbst „liberale“ Medien, wie der „Standard“ sorgten sich keineswegs um das Schicksal der Flüchtlinge, sondern darum ob Österreich das Schengener Abkommen tatsächlich erfüllen kann. Die KRONE titelte: „Vor neuer Flüchtlingswelle“, weil an der italienischen Küste 27 (!!!) AlbanerInnen gestrandet waren. Doch keine Angst: Das neue „Asyl“gesetz sieht sowieso kein Recht auf Asyl vor (1996: 716 Anerkennungen). Laut Schlögl ist Österreich von sicheren Drittländern umgeben. Damit gibt es keine Chance mehr auf Asyl (Drittlandklausel).

Bayerns Innenminister Beckmann fürchtet sich vor der AusländerInnenkriminalität und fordert die restriktivere Kontrolle der österreichischen Grenzen. Mit Erfolg, denn Österreichs Neo-Innenminister Karl Schlögl (wohlgenutzt SPÖ, nicht FPÖ!) ordnet die totale Kontrolle der Ostgrenzen an. Ergebnis: Hunderte „Illegale“ werden aufgegriffen und deportiert.

Schlögl geht sogar soweit, das alles als Kampf im Interesse der Flüchtlinge darzustellen, da so angeblich die Schlepperei eingedämmt würde (!!!). Es hat sich wohl noch nicht bis zum Innenminister durchgesprochen, daß Schlepperei überhaupt nur wegen der restriktiven Grenzkontrollen existiert. Effekt der Schlögl-Poli-

tik: Die Preise der SchlepperInnen-Banden steigen noch weiter an! Die Flüchtlinge werden Schlögl für sein humanes Engagement danken.

Doch ausnahmsweise ist in dieser „Hitparade“ kein/e FPÖlerIn SpitzenreiterIn, sondern ORF-Megaperle Vera Russwurm. Sie lud sich jene zwei Grenzbeamten ein, die an der kärntner Grenze den größten bekannten Menschenschmuggel aufdeckten. Sie durften in der Sendung unwidersprochen behaupten, die kurdischen Flüchtlinge seien glücklich gewesen, entdeckt zu werden und die Frauen hätten es den Beamten mit einem glücklichen Lächeln gedankt, daß sie Mannerschnitten an die Kinder verteilten. Das ist doch absurd: Die Flüchtlinge „freuen“ sich natürlich noch darüber, ihre rund öS 35.000,- umsonst bezahlt zu haben und an die türkischen Behörden, vor denen sie geflohen sind, ausgeliefert zu werden.

Statt über die Fluchtgründe der Flüchtlinge zu berichten, stellte Vera lieber Überlegungen an, ob die KurdInnen in Deutschland der „illegalen PKK“ beitreten würden, und damit TerroristInnen seien.

#### Was nun?

Es ist an der Zeit, aktiv gegen die HeuchlerInnen und HetzerInnen zu werden. Wie es geht, zeigte die JRE-Aktion gegen einen Haiderauftritt in Wien (siehe Kasten). Gemeinsam können wir der rassistischen Hetze entgegenreten, die Lügen entkräften und den Menschen eine neue antirassistische, linke, kämpferische Perspektive geben. Mach auch Du mit!

#### Haider dreht Euch die Musi ab!

Am 15.3. versuchte Haider sein „Jugendprogramm“ in der Wiener Disco Nachtwerk zu präsentieren. JRE u. a. Gruppen riefen zu einer Gegenkundgebung (100 TeilnehmerInnen) vor den Toren des Tanztempels, bei der BesucherInnen aufgefordert wurden, nicht an der Haiderveranstaltung teilzunehmen. Nahezu 50% der ankommenden Jugendlichen hatten keine Lust auf rassistisches Geschwätz statt heißer Discomusik. Für Haider ein Reinfall, er konnte fast ausschließlich FPÖ-FunktionärInnen mit seiner Rede erreichen. JRE hingegen gewann mehrere neue AktivistInnen.

#### Gute Führung für den Führer ??

Es kursieren Gerüchte, das Neo-Nazi-Führer Küssel demnächst vorzeitig aus der Haft entlassen wird, wie bereits andere Nazis vor ihm. Wegen guter „Führung“ vielleicht? Wir brauchen keine „guten Führer“!

#### Nazitreffen in Offenhausen

Am 3. Mai findet Europas größtes Nazitreffen in Offenhausen / OÖ statt. JRE, SOV u.v.a. rufen zu einer Gegendemo auf. Anmeldung über SOV-Büro ab sofort möglich! Kosten öS 50,-

**Demo gegen die FPÖ am 20. April, 16:00 Stephansplatz**